



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
23.10.2015

Sonderzüge gegen das „Flüchtlings“desaster – München ergreift die Initiative und macht sich für ein Angebot der ungarischen Regierung stark

Ich beantrage:

Der Stadtrat beschließt: die LHM verwendet sich im Rahmen des Deutschen Städtetages und anderer geeigneter Foren dafür, daß sich die zuständigen Institutionen auf Bundesebene so rasch als möglich mit der ungarischen Regierung ins Benehmen setzen, damit abgelehnte Asylbewerber, die sich derzeit noch in Deutschland aufhalten und im Zuge der jüngsten „Flüchtlings“wellen in die Bundesrepublik gelangt sind, unter Inanspruchnahme der von der ungarischen Regierung angebotenen Sonderzüge wieder aus Deutschland abtransportiert und in jene Länder zurücktransferiert werden, aus denen sie in die Bundesrepublik eingereist sind.

Begründung:

Deutschland ist in der EU dasjenige Land, das von der aktuellen „Flüchtlings“welle am stärksten betroffen ist. Ein Großteil der derzeit aus dem europäischen Südosten und der Türkei nach Mittel- und Westeuropa andrängenden „Flüchtlinge“ strebt, von der Bundeskanzlerin und anderen Vertretern des politischen Establishments mit fragwürdigen Versprechungen förmlich „eingeladen“, nach Deutschland. Allein für das laufende Jahr 2015 wird infolgedessen mittlerweile mit einem Zuzug von bis zu 1,5 Millionen „Flüchtlingen“ gerechnet – nicht eingerechnet der ebenfalls zu gewärtigende Familiennachzug, der im Schnitt weitere drei bis vier Personen pro „Flüchtling“ umfaßt. Daß dieser Zustrom die Aufnahme- und „Willkommens“-Kapazitäten unseres Landes überfordert, ist mit Händen zu greifen und wird inzwischen auch von zahlreichen Vertretern aus Politik und Wirtschaft eingeräumt. Der bundesdeutschen Aufnahmegesellschaft muß deshalb daran gelegen sein, illegal eingereiste und abgelehnte Asylbewerber so effizient und rasch als möglich wieder aus Deutschland abzuschieben.

b.w.

Hier hat nun jüngst die ungarische Regierung einen außerordentlich zweckdienlichen Vorschlag in die Diskussion gebracht. Wie der ungarische Innenminister Sandor Pinter nach einem Treffen mit seinem serbischen Kollegen Nebojsa Stefanovic dieser Tage mitteilte, wolle sein Land einen Beitrag leisten, um abgelehnte Asylbewerber wieder aus Westeuropa abzuschieben, und zu diesem Zweck Sonderzüge der staatlichen Eisenbahngesellschaft MAV zur Verfügung stellen, die abgelehnte Asylbewerber wieder aus Westeuropa in Richtung Griechenland und Türkei zurückbringen sollen.

Der bayerische Ministerpräsident Seehofer hat sich erst kürzlich in einem vielbeachteten Zusammentreffen mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Orbán zur Zusammenarbeit mit Budapest bei der Entschärfung der „Flüchtlings“krise bekannt. Man habe es mit der „größten politischen Aufgabe seit der Überwindung der Teilung Europas“ zu tun, erklärte Seehofer. Umso wichtiger ist es jetzt, solchen Bekenntnissen Taten folgen zu lassen und das Beförderungs-Angebot der ungarischen Regierung beherzt in Anspruch zu nehmen.

Die bayerische Landeshauptstadt ist vom anhaltenden „Flüchtlings“-Desaster in besonderer Weise betroffen. Es wäre deshalb auch im ureigensten Interesse der Münchner Stadtbevölkerung, daß sich die Münchner Stadtpolitik an geeigneter Stelle dafür verwendet, damit alles unternommen wird, um die Folgen der von der Bundesregierung und der Kanzlerin zu verantwortenden Zuwanderungskatastrophe zu minimieren und desaströse Fehlentwicklungen so effizient als möglich zu korrigieren. Die von Budapest angebotenen Sonderzüge der staatlichen Eisenbahngesellschaft könnten hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Sie müßten „nur“ in Anspruch genommen werden – gerade auch von der deutschen Politik.

München als eine der größten deutschen Kommunen verfügt über eine Stimme von erheblichem politischen Gewicht. Dieses gilt es jetzt in allen einschlägigen Foren wie etwa dem Deutschen Städtetag in die Waagschale zu werfen, damit weiterer Schaden durch eine völlig außer Kontrolle geratene Massenzuwanderung von unserem Land abgewendet und bereits entstandene Belastungen in den betroffenen Gemeinden wieder reduziert werden können. Der Münchner Oberbürgermeister wäre nach Lage der Dinge der geeignete Repräsentant, um der Stimme der bayerischen Landeshauptstadt hierbei angemessenes Gehör zu verschaffen.



Karl Richter
Stadtrat